

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren von der berichterstattenden Zunft
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Brühl

Ich wünsche Ihnen und Euch einen Guten Abend,

obwohl

diese Tage tagt in Kattowitz in Polen, einem Land, das sich zu 80 Prozent mit Kohle erwärmt, der Weltklimarat. Diese Veranstaltung wird wie die Vorgängerveranstaltungen zum Beispiel in Paris, wieder einmal den Beweis liefern, dass eine Politik, die sich den Erfordernissen des Kampfs gegen Ursachen des menschengemachten Klimawandels stellt, an der inhärenten Ignoranz des politischen Systems scheitert. Dazu bedarf es noch nicht einmal so verantwortungsloser Gesellen wie die Präsidenten Trump oder Putin oder Orban. Dazu reicht schon das ganz normale Gebaren des „Business as usual“, weil sich wirklich kaum ein Mensch vorstellen kann, bei dem obskuren Spiel mitzumachen, seine eigene Lebensgrundlage in ungenießbaren Unrat zu verwandeln.

Also, das mit dem Guten Abend ist was schwierig,

Es ist schwierig, weil es nicht mehr so ohne weiteres „gute Abende“ gibt. Insbesondere muss sich auch die Politik fragen lassen, ob sie ihren eigentlichen Aufgaben gerecht wird. Beim Klimagipfel in Kattowitz war beispielsweise auch die fünfzehnjährige Greta Thunberg aus Schweden dabei, die jeden Freitag, anstatt zur Schule zu gehen, vor dem Parlament gegen die Ignoranz der Politiker hinsichtlich des notwendigen Einsatzes gegen den menschengemachten Klimawandel protestiert. In ihrer nüchternen Art stellt sie die Frage danach, für welche Zukunft sie denn lernen soll, wenn es diese Zukunft gar nicht mehr gibt.¹

Seitdem ich selbst in größeren Zusammenhängen denken kann, stelle ich mir die gleichen Fragen und war und bin immer wieder aufs Neue verwundert, wie wenig Menschen diese Sichtweise teilen. Obwohl es inzwischen mehr Akzeptanz für die Forderung nach zukunfts- und planetengerechter Politik gibt, ist doch festzustellen, dass meine Generation ebenso wie ihre Vorgänger vor diesen Herausforderungen versagt hat. Das ist das, was junge Leute wie Greta aus Schweden meiner Generation nicht mehr werden durchgehen lassen. Wir werden versagt haben, angesichts der globalen Herausforderungen.

Ich frage mich, wie die Politik so in den Schlamassel hineinstürzen konnte, den wir heute vorfinden: der Pazifik radioaktiv verseucht wegen der Kernschmelze in Fukushima, Plastikmüll in allen Weltmeeren, schon jetzt eine globale Erwärmung im Durchschnitt um ein Grad, schon jetzt der Zusammenbruch des Jetstreams mit der Folge deutlich länger anhaltender Großwetterlagen, schon jetzt kaum noch Insekten, schon jetzt deutlich weniger Vögel. Da müsste doch eigentlich ein Aufbäumen und ein Wehgeschrei zu vernehmen sein. Aber nein, dem ist nicht so.

Es sind inzwischen, so meine ich, neue Spiele. Die Rechte ist da nicht mehr die Rechte, die Linke nicht mehr die Linke. Die neuen politischen Pole sind auf der einen Seite, die grundsätzliche Bereitschaft Verantwortung für die eine Welt zu übernehmen und nationale, rassistische, sexistische Dünkel zurückzuweisen und auf der anderen Seite die egoistische Grundhaltung, alles für die eigene Rasse,

¹ Vor dem Weltklimagipfel in Kattowitz hat sie erklärt: „Euch gehen die Ausreden aus und die Zeit. Wir sind hier, um euch wissen zu lassen, dass der Wandel kommt, ob es euch gefällt oder nicht. Die wahre Macht ist bei den Menschen.“

das eigene Volk, den eigenen Clan zu wollen und die Erkenntnis zurück zu weisen, globale Verantwortung übernehmen zu müssen. Da werden dann Kampfinstrumente legitim, wie die Produktion und professionelle Verbreitung von Fakenews, übelste Denunziationen in den neuen Medien, unverantwortliche Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen, Reduktion von Komplexität auf die Auffassungsfähigkeit nationalistischer Kleinhirne jeglicher Art.

Nun denn, die Zwischenrufe werden ja schon längst gekommen sein, was das denn mit dem Haushalt einer so netten kleinen rheinischen Stadt wie Brühl zu tun hat. Darauf komme ich noch.

Wegen der Zeitenwende noch ein Aspekt: Politische Versprechen auf ein für alle sorgenfreies Leben werden von der Globalisierung eingeholt. Der Reichtum des globalen Nordens wurde zwar immer schon auf Kosten des globalen Südens erkaufte. Mit der zunehmenden Globalisierung ist die Abschottung der Welt aber immer weniger möglich. Die Mobiltelefonproduktion von Nokia ist ebenso aus Deutschland weggezogen wie die Produktion von Fotozellen. Egal ob von links oder von rechts. Es werden hilflose Versuche bleiben, sich mit Schutzzöllen und Grenzsicherung vor Migration und besseren Produkten abschotten zu wollen.

Aber man muss ja nicht den Klimawandel leugnen, um dennoch zu wenig zu tun. Während für meine Partei der Klimawandel handlungsmotivierend im Mittelpunkt der Politik steht, braucht es bei der CDU mitunter erst dramatische Ereignisse, um dann doch schnell das Notwendige zu tun. Der rasche Atomausstieg wäre ohne den Mega-Gau in Fukushima nicht so gekommen. Angela Merkel macht dann oft das Richtige. Zur Wahl von Frau Kamp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden gratuliere ich gerne und von Herzen. Ich hoffe, dass mit ihr bei der Erstellung des neuen Grundsatzprogramms noch konsequenter an der Aufhebung des Widerspruchs gearbeitet wird, der darin liegt, das Christentum in den Mittelpunkt des Wertegerüsts zu rücken, aber sich politisch nicht konsequent daran zu orientieren, dass diese von Gott geschenkte Welt durch den Menschen zerstört wird.

Ich denke, das hat weniger mit bewusster Ignoranz als mehr damit zu tun, dass man die Katastrophe nicht wahrhaben will, weil die Natur sich immer als unverwundlich erwiesen hat. Es ist ein Wegducken und Leugnen der Themen, die doch eigentlich überall im Mittelpunkt stehen müssten.

Die globalen Fragen haben immer mit jeder politischen Arbeit zu tun, egal in welcher Stadt, egal in welchem Land oder auf welcher politischen Ebene. Denn die globalen Fragen lassen sich konkret ja gar nicht global lösen, sondern nur lokal. Jedes Gipfel-Ergebnis muss doch in nationale Politiken umgesetzt werden, jede nationale Politik muss doch regional und lokal zumindest akzeptiert werden, sie muss doch zumindest mit unterstützt werden. Jedes Windrad braucht kommunale Beschlüsse, jede Fotovoltaik-Anlage kann den Nachbarn stören, jede Einschränkung der Möglichkeiten, mit dem Auto bis in die Innenstädte zu kommen, wird massiv bekämpft. Wie gerade jetzt wieder gut zu sehen ist. Just in der Woche, in der die FDP über ihren Antrag verhandeln lässt, das Parken auf dem Janshof weiterhin möglich zu lassen, springen wie von Geisterhand bewegt, Schlossbote und Stadtanzeiger auf den Zug auf. Der Schlossbote macht sogar im Auftrag des Einzelhandels eine Umfrage, ob denn die Brühlerinnen und Brühler nicht doch für den Erhalt der Parkplätze sind. Mit der Umgestaltung des Janshofs würde der gesamte Brühler Einzelhandel massiv in seiner Existenz gefährdet.

So, jetzt bin ich dann doch ganz schnell in Brühl gelandet, denn es ist nicht nur global geboten, andere Mobilitätsformen zu fördern, sondern auch hier vor Ort.

Da fällt mir ein: War es nicht so, dass die ganze Innenstadt schon wegen der Großbaustelle Rathaus zum Erliegen gebracht wurde? Da ist das ganze Arsenal an Argumenten auch schon mal verpulvert worden. Komisch, wieso der organisierte Einzelhandel meint, dass er das bereits verschossene Pulver so mir nichts dir nichts noch einmal verwenden kann. Aber: wirksame Bilder gehen halt immer wieder mal.

Wer sich noch daran erinnern kann: Auch als die Brühler Innenstadt zur Fußgängerzone werden sollte, ist dieses Pulver schon einmal benutzt worden. Wahrlich ein Wundermittel. Und wie der FDP-Antrag gegen das Fahrverbot in Köln zeigt, bleibt es eine wirksame Waffe, gebetsmühlenartig immer wieder zu suggerieren, wenn es ans Auto geht, wird euch die Freiheit genommen, jederzeit überall hin zu kommen. Aber wo soll es denn hin gehen. Der Clou ist doch, dass die Ziele an sich attraktiv sein müssen. Ein Großteil der Attraktivität der Brühler Innenstadt ist nämlich dem Umstand zu verdanken, dass sie im Wesentlichen autofrei ist. Die Gastronomie und die Märkte sind ohne Fußgängerzone ja gar nicht denkbar. Der Janshof und auch das meinungsstarke Duett werden nach dem Umbau profitieren. Dem Einzelhandel ist eher zu empfehlen, sich der Initiative für einen gemeinsamen Internetauftritt mit der entsprechenden Dienstleistungsinfrastruktur anzuschließen und sich so aufzustellen, dass der Handel von der Digitalisierung und den neuen Medien profitiert.

Wir möchten die Brühler Politik danach ausrichten, dass möglichst viele Menschen ihre Mobilitätsbedürfnisse zu Fuß, mit dem Rad und mit Bus und Bahn erledigen können. Ich bin froh, dass wir im Stadtrat große Mehrheiten für dieses Anliegen haben. Weniger froh bin ich über das Tempo und die Vehemenz der Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen.

Es ist ein Unding, wenn Ampeln zwar Autos erkennen, aber Radelnde von den Sensoren überhaupt nicht erfasst werden, wie auf der Römerstraße. Dort müssen Radfahrende auf ein Auto warten, um Grün zu bekommen. Man glaubt es nicht.

Es ist ein Unding, wenn die Schlossverwaltung sich allen Ernstes dagegen wehrt, dass für die hoffnungslos überfüllte Radstation am Bahnhof in der Umbauphase ein Provisorium auf dem Parkplatz errichtet werden soll.

Es ist ein Unding, wenn Straßen in Ordnung gebracht werden, die straßenbegleitenden Radwege hingegen erst in einigen Jahren.

Dabei ist das Fahrrad, insbesondere durch die sinnvolle Erfindung des Pedelecs, das regionale Verkehrsmittel schlechthin. Das Pedelec ermöglicht Radeln von 15 km Wegstrecke auch für die bewegungsentwöhnten älteren Mitbürger, die damit in einer Stunde zu bewältigen sind. Das ist schneller als der ÖPNV und im Berufsverkehr oft schneller als das Auto.

Wir hoffen, dass wir mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Radmasterplan, mit dem Geld für die Planung von Bike&Ride-Anlagen an der Stadtbahn in Mitte und Süd, mit der Projektierung einer schnellen RadPenderRoute, die einmal von Bonn über Bornheim, Brühl und Hürth nach Köln führen soll, im neuen Jahr größere Fortschritte erzielen. Der Kreis wird untersuchen, welche Korridore erschlossen werden müssen und wie eine Wegführung aussehen könnte. Dies muss natürlich auch regional abgestimmt werden, wozu sich aber im Gremien-Wirrwarr der NRW-Mitteebene eine richtige Zuständigkeit noch nicht herausgemeldet hat. Die Landschaftsverbände haben definierte Zuständigkeiten und können keine weiteren dazu nehmen, die Regionalräte beraten die Bezirksregierung, also eine Genehmigungsbehörde, die selbst nicht plant. „Köln Bonn und Nachbarn“ oder die „Metropolregion Rheinland“ verstehen sich als Lobbyisten für anscheinend Wichtigeres, beispielsweise die Autobahnbrücke in Wesseling. Die Verkehrsverbände sehen ihre Aufgaben rund um das Fahrrad darin, die Mitnahmemöglichkeiten in Bus- und Bahn einschränkend zu regeln und im Zusammenhang der Definition und Mitfinanzierung von Mobilstationen, in denen auch der Fahrradverleih ein Thema ist. Ich wünsche mir, dass beispielsweise das Fahrrad-Verleihsystem der Kölner Verkehrsbetriebe im gesamten Verkehrsverbund ausgebaut wird. Am ehesten dürfte das Fahrrad regionalplanerisch noch Raum finden beim rein kommunal inszenierten Stadt Umland Netzwerk SUN.

CDU und GRÜNE gehen seit Jahren mit ihren Planungen und Beschlüssen den Weg einer intermodalen Verkehrspolitik.

Aktuell entsteht der Radmasterplan, den wir im letzten Haushalt beschlossen hatten. Leider wird die Politik durch die Planer nicht so mitgenommen, dass wir wüssten, was denn da auf uns zukommt. Wir werden sehen. Jedenfalls macht es keinen Sinn, sich auf die Innenstadt zu beschränken. Die Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen wurden von 2018 auf 2019 übertragen.

Auf unseren Antrag für 2019 beteiligt sich die Stadt Brühl an der Realisierung der RadPendlerRoute Bonn - Bornheim - Brühl - Hürth - Köln. Dafür werden investiv in den nächsten fünf Jahren jeweils 100.000 EUR in den Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Der Großraum Köln stellt sich zunehmend intensiver auf eine regionale Erschließung auch über das Fahrrad ein. Die Nachbarkommunen und die Kreise sind dabei, sich dieser Thematik mit der Ausweisung und Überplanung von RadPendlerRouten als schnelle regionale Radverbindungen anzunehmen. Das ist im Übrigen auch besser, als auf die Radschnellwege zu setzen, die völlig überzeichnet sind und vor allem in der Obhut des Landesbetriebs Straßen liegen, eine Garantie dafür, dass sich dann jahrzehntelang nichts tut. Die RadPendlerRouten bekommen wir interkommunal auf die Reihe. Das ist zwar auch nicht zum Nulltarif zu machen, im Wesentlichen aber über einen eher überschaubaren Zeitraum zu realisieren. Aufwendig dürfte in Brühl die Innenstadtquerung werden. Hoffentlich bringt hier bereits der Radmasterplan umsetzungsfähige Vorschläge.²

Ebenso wird die Planung des Ausbaus von Park&Ride und Bike&Ride-Anlagen im Haushalt vorgesehen, und zwar mit einem Betrag von 50.000 €. Ab 2020 werden investiv in die mittelfristige Finanzplanung jährlich 100.000 € für den städtischen Anteil der Maßnahmen eingestellt. Ohne städtische Vorarbeiten und Finanzierungsanteile sind entsprechende Fördermittel nicht zu realisieren. Es sind Mobilstationen zum Ausbau von Bike&Ride in und an den Mobilstationen Bundesbahnhof, Brühl-Mitte und Brühl-Badorf voran zu bringen.

Mobilstationen sind das nächste Stichwort. Sie dienen der Verknüpfung der individuellen Flächenerschließung mit der öffentlichen Regionalerschließung. Also dazu, von zuhause aus zu Fuß, mit dem Bus oder dem Fahrrad, oder auch mit dem Auto an Haltestellen zu kommen, wo der Umstieg auf den Regionalbus, die Stadtbahn, die S- oder Regionalbahn sicher und komfortabel möglich wird. Es sind nicht mehr reine Einstiegspunkte, sondern optimierte Schnittstellen, die dazu einladen müssen, gerne mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln die regionale Mobilität zu sichern.

Damit stellt sich für Brühl die Frage, wie wir unsere Mobilitäts-Schnittstellen organisieren wollen. Die Frage ist nicht ohne, denn – wie ein Blick beispielsweise auch nach Erftstadt beweist – ist die Attraktivität der Öffentlichen Verkehrsmittel für die Fahrt nach Köln sehr hoch. Trotz massivem Ausbau der dortigen Parkplätze sind diese ab 8 Uhr schon voll, und dass, obwohl auch die Zugkapazitäten vorne und hinten nicht reichen. Ich meine, das zeigt, dass sowohl das Radfahren als auch der öffentliche Busverkehr verlässlich auf die Stadtbahn und die Bahnhöfe ausgerichtet sein müssen.

Dass wir dabei auch wahrnehmen, dass nach wie vor viele Menschen mit dem Auto unterwegs sind und ihren Alltag auch kaum anders bewältigt bekommen, sehen wir als Ansporn, die Alternativen noch besser zu machen. Wir müssen uns aber der Tatsache stellen, dass das Auto noch die Mobilität beherrscht. Wir wollen dem Thema mit Quartiersgaragen und P&R-Anlagen gerecht werden. Wir brauchen eine große P&R-Anlage in Schwadorf, die nach Lage der Dinge mit Sicherheit eine hohe

² An der Stelle wurde ergänzend zum Manuskript ein Teil einer Erwiderung zur Haushaltsrede der SPD eingefügt. Michael Weitz hatte behauptet, dass die von der SPD für den Bereich Brühl-Mitte geforderten versenkbaren Elektropoller von CDU und GRÜNEN aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt wurden. So wäre eingewandt worden, sie würden heiß laufen oder dass die Polizei für die Überwachung des fließenden Verkehrs zuständig sei. Ich habe darauf bezugnehmend darauf hingewiesen, dass der gesamte Bereich von der Kaiserstraße über Hubertus- und Jordanstraße bis zu Carl-Schurz-Straße einer Überplanung bedarf, weil hier sinnvollerweise auch die Rad-Pendler-Route durchgeführt würde. Ein isoliertes Instrument wie die Poller ohne eine Gesamtplanung des Bereichs macht keinen Sinn.

überörtliche Bedeutung erhalten wird und daher im Wesentlichen auch mit Fördergeldern zu errichten ist. Wir müssen die P&R-Anlage in Vochem und vor allem auch am Bundesbahnhof ausbauen. Für Vochem gibt es gute Chancen, für den Bundesbahnhof wegen der Tatsache, dass der Bahnhof zum Schloss gehört und damit Teil des Weltkulturerbes ist, wahrscheinlich nicht.

Auch daher muss das Stadtbussystem weiterentwickelt werden. Das hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern ist allein der Tatsache geschuldet, dass wir nicht noch weiteren knappen Raum dem Auto überlassen können. Vielmehr muss, neben dem Fahrrad, das Stadtbussystem weiterentwickelt werden. Es braucht zwei zusätzliche Linien. Eine mit Schwadorf im Süden und eine für die Bundesakademien und das BTV Sportzentrum im Norden. Dabei ist eine schnelle Anbindung der DB-Bahnhöfe prioritär. Die nördliche Linie soll beide DB-Bahnhöfe erschließen, die südliche den Bahnhof am Schloss. Den Anschluss an die Stadtbahn erhalten die Linien in Brühl-Nord und in Brühl-Badorf. Mit den beiden vorgeschlagenen Linien sollen die Versorgungslücken im Brühler Süden und beim BTV-Sportzentrum sowie bei den Bundesakademien gelöst werden. Für die Umsetzungsplanung werden 50.000 EUR vorgesehen. Geprüft wird auch, den Grundtakt des Stadtbussystems in den Hauptverkehrszeiten auf einen 20-Minuten-Takt zu verdichten.

Der Innenstadtshuttle wird ebenfalls zeitnah realisiert. Eine Maßnahme, die insbesondere dem Brühler Einzelhandel nutzen wird. Warum macht der Brühler Schlossbote nicht dazu einmal eine Umfrage?

Die regionale Buserschließung wird ab Januar von der Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft durchgeführt. Der Kreis setzt damit die Vorgaben der EU um, die Verkehrsleistungen entweder auszuschreiben oder den Busverkehr durch eine von ihm beherrschte Gesellschaft durchführen zu lassen. Mal sehen, wie das wird. Der Kreis erhält zumindest eine insgesamt den Schadstoffnormen entsprechende Busflotte, anders als beispielsweise die Flotte, die die RVK in Brühl fahren lässt, die umweltpolitisch allenfalls einige wenige hoch subventionierte und dank chemischer Industrie mit zufällig vorhandenem Abfallwasserstoff betriebenen Brennstoffzellenbusse vorweisen kann, ansonsten aber mit abgeschriebenen Dieseln älterer Bauart unterwegs ist. Inwieweit also ein entsprechender Vertragsabschluss der Stadtwerke mit der RVK angesagt ist, müssen wir tatsächlich im Aufsichtsrat mal gründlich überlegen. Eine Übertragung der Stadtbusverkehre an die REVG ist jedenfalls möglich, er könnte zu von der Stadt definierten Leistungen als Ortsbusverkehr laufen. Vielleicht kommt der Aufsichtsrat mit dem neuen Geschäftsführer demnächst wieder in ruhigere Fahrwasser und kann sich dann wichtigen Zukunftsthemen widmen. Für die Stadt wäre das zwingend erforderlich. Vielleicht auch ein guter Vorsatz für uns alle im Aufsichtsrat.

Auch dem Zu Fuß gehen muss mehr Beachtung geschenkt werden. Es muss – wie auch das Bus- und Bahnfahren – konsequent barrierefrei möglich sein. Davon ist auch Brühl noch weit entfernt. Sollen mobilitätseingeschränkte Menschen erreicht werden, braucht es stufenfreie Wege und in den öffentlichen Einrichtungen Rampen oder Aufzüge. Wir brauchen überall in der Stadt Sitzgelegenheiten aber auch Spielmöglichkeiten für die Kinder. Dem dienen die Programme für die besitz- und bespielbare Stadt, die konsequent fortgesetzt werden müssen.

Dazu gehört dann auch, das Budget für die Spielraumplanung, also für die Sanierung und den Umbau städtischer Spielflächen bedarfsgerecht auf 150.000 Euro zu erhöhen. Im Bereich der Spielraumplanung reicht das Budget für den Neubau von Spielplätzen und die Neubeschaffung von Spielgeräten nämlich seit Jahren nicht mehr aus. Viele Brühler Spielgeräte sind in schlechtem Zustand und müssen in den nächsten Jahren ausgetauscht werden. Daher ist auch über das Jahr 2019 hinaus mit erhöhtem Bedarf zu rechnen. Die Neugestaltung des Spielplatzes an der Frechener Straße in Vochem (130.000 EUR) zeigt, dass das Budget von 80.000 EUR nicht ausreicht, um nur einen einzigen Spielplatz mit kleinem Bolzplatz in Gänze neu zu gestalten.

Was das Spielen für die Kinder, ist die Bewegung an frischer Luft für die Erwachsenen. Nachdem die Initiative für das Laufen unter Flutlicht großen Anklang findet, sind wir uns sicher, dass auch ein

Bewegungsparcours in Brühl eine hohe Akzeptanz haben wird. Trimm-Dich-Pfade waren insbesondere in den 1970er Jahren eine beliebte Einrichtung in vielen deutschen Städten. Durch einen Bewegungsparcours soll in Brühl allen Bürgerinnen und Bürgern eine kostenfreie Möglichkeit gegeben werden, sich sportlich zu betätigen. Der Bewegungskurs soll möglichst an einer beliebten Joggingstrecke errichtet werden und nicht allzu abgelegen sein. Als Beispiele kämen der Grünstreifen an der Villebahn zwischen Theodor-Heuss-Straße und Kaiserstraße, der Grünstreifen am Partnerschaftsweg oder das Gelände gegenüber dem Schlossparkstadion in Frage. Eine entsprechende Beleuchtung der Geräte soll sichergestellt werden.

Dass das Leben im Alter oder mit Behinderungen immer mit Einschränkungen zu tun hat, ist kein Grund, auf die behinderungsgerechte Gestaltung der Stadt zu verzichten. Im Gegenteil. Wir wollen mit der Erstellung eines Konzepts „Leben im Quartier im Alter und mit Einschränkungen“ an die Umgestaltung der Wohnquartiere gehen. Etwa ein Viertel der Brühlerinnen und Brühler sind über 65. Etliche jüngere Menschen haben mit körperlichen oder geistigen Behinderungen zu kämpfen. Das öffentliche Leben kann für sie alle mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein. Wir wollen ein Netzwerk aufbauen, um eine zielgerichtete Quartiersarbeit in Brühl zu ermöglichen und Hilfsangebote für die betroffenen Personenkreise gezielt einsetzen zu können. Das Quartiersmanagement führt die Akteure aus den Bereichen der Verwaltung, der Kommunalpolitik, der privaten Wirtschaft und lokalen Vereinen, sowie nicht organisierten, ehrenamtlich tätigen Menschen zusammen, um Bewohnerinnen und Bewohner aktiv an den Verbesserungsprozessen ihrer Stadtteile teilhaben zu lassen. Es geht dabei auch um die Anregung zur Selbsthilfe (sog. Empowerment), d.h. um die Stärkung der Verantwortung für das eigene Stadtquartier und die Schaffung sich selbst tragender Organisationen der Bewohnerinnen und Bewohner. Präventive Maßnahmen müssen daher konzeptionell erarbeitet werden und über die Akteure zur Umsetzung gelangen. Ein weiteres Ziel ist, dass die Personengruppe der über 65-jährigen Menschen die Sicherheit hat, aus einem Füllhorn an Möglichkeiten die individuelle Hilfe für die persönliche Situation in Anspruch nehmen zu können, ohne einen Ortswechsel vornehmen zu müssen. Die Stadt Brühl ist nach Ermessen der Antragsteller in der Pflicht, dem betroffenen Personenkreis die bestmögliche Begleitung für diesen Lebensabschnitt zu bieten. Dazu gehört auch eine intensive Wohnraumberatung, denn der Umzug in eine den Lebensumständen angepasste Wohnung im eigenen Quartier ist besser als der Wohnortwechsel. Dafür ist auch die Zusammenarbeit mit der GEBAUSIE erforderlich. Die GEBAUSIE verfügt über die entsprechende Erfahrung und berücksichtigt die Zielsetzungen bereits heute. Der Wohnortwechsel sollte immer die letzte Möglichkeit sein, nicht die einzige.

Die Wohnraumberatung kann auch ein Schlüssel dafür sein, dass wir in den älter werdenden Quartieren junge Menschen bekommen. Es ist ja schon merkwürdig, immer mehr Siedlungsflächen auszuweisen und zu bebauen, ohne dass die Bevölkerungszahl zunimmt. Ob das wirklich so akzeptiert werden muss, dass wir auf Kosten von Freiflächen und Natur immer mehr Wohnraum je Einwohnerin und Einwohner brauchen? Da dürfen wir sicher keine Vorschriften machen, um das klar zu betonen, wir müssen aber Instrumente entwickeln und pflegen, die dem entgegenwirken. Wir haben mit dem Beschluss aus dem letzten Jahr, dass die GEBAUSIE jährlich eine Millionen Euro zusätzlich für Wohnungsbau und Sanierung ausgeben kann, das wichtigste Instrument zur Behebung der Wohnungsnot für diejenigen gestärkt, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Im Rahmen der anstehenden Flächennutzungsplanänderung müssen wir auch verabreden, als Stadt Vorkaufsrechte auszuweisen und auch wahrzunehmen, um die Steuerung der Siedlungsentwicklung verantworten zu können. Wir wollen soziale Segregation verhindern. Wir wollen einen vernünftigen Anteil an bezahlbarem Wohnraum in den Quartieren.³

³ Auch hier habe ich mich mit Kritik von Michael Weitz ergänzend auseinandergesetzt. Weitz hatte kritisiert, dass der Antrag der SPD, 1 Million Euro in den Haushalt zum Ankauf von Grundstücken zur Ausübung des Vorkaufsrechts, von der Mehrheit abgelehnt worden ist. Ich habe dagegen darauf verwiesen, dass der neue

Wir halten dabei aber nichts von sinnlosen Gutachten, die Innenverdichtung so auf die Spitze zu treiben, dass ganze Tiefgaragen oder Hochwasserschutzbauten mit Wohnungen überbaut werden. Die können wegen der viel zu aufwändigen Statik mit vernünftigen Mieten nicht refinanziert werden.

In der Quartiersentwicklung und bei der Frage der weiteren Ausweitung von Siedlungsflächen müssen wir gleichzeitig auch den erforderlichen Freiraumschutz und Maßnahmen für eine Verbesserung des Stadtklimas verabreden. Dem dient ein Planungskonzept „Stadtklima – Fassaden, Dachbegrünungen und Alleen“ für das wir für das Jahr 2019 50.000 Euro zur Verfügung stellen. Zusammen mit dem sehr sinnvollen und von der FDP angeregten Beschluss, jährlich eine Million Euro für Bäume und Alleen auszugeben, kommen wir hier entscheidende Schritte weiter.

Nicht nur die Schadstoffemissionen des Verkehrs belasten die Bevölkerung, sondern auch der Lärm. Es ist ja nicht nur die Initiative der Kaiserstraßenbewohner, die hier zum Handeln auffordert. Wir haben daher beantragt, im Haushalt 30.000 EUR für die konzeptionelle Fortschreibung des Lärmaktionsplans und 100.000 EUR für ergänzende Maßnahmen der Stadt zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen. Das Leitbild, Brühl bei Schadstoffen und Lärm zu entlasten, muss umgesetzt werden. Dafür sind wirksame Maßnahmen vorzusehen. Wenn der Einbau von Flüsterasphalt von übergeordneten Baulastträgern abgelehnt wird, ist zumindest Tempo 30 anzuordnen. Wird dies abgelehnt, sind passive Schallschutzmaßnahmen über den zu bezuschussenden Einbau von Mehrfachverglasungen und/oder den Bau von Lärmschutzwänden oder -wällen vorzusehen. In Bornheim ist zu sehen, wie so etwas umgesetzt werden kann. Wir denken hier beispielsweise an die Theodor-Heuss-Straße. Die LKW-Durchfahrten sind weitgehend auf die Landes- und Bundesstraßen und vor allem die dafür vorgesehenen Autobahnen zu beschränken. Lieferverkehre müssen im Rahmen eines abzustimmenden Konzeptes konkrete Routenvorgaben durch die Verkehrserzeuger erhalten. Wir hoffen noch immer, dass die LKW-Navi-App irgendwann das Licht der Welt erblickt.

Soweit, so normal. Die Mehrheit beschließt ihre Anträge und die Verwaltung setzt das dann alles um. Soweit wäre das normal und ich könnte hier mit meiner bescheidenen und überhaupt nicht umfassenden Darstellung aufhören.

Ich könnte mich dann erneut dem Thema widmen, was am Abend gut ist. Aber leider ist dem nicht so, denn wir haben in Brühl eine ganz besondere Situation.

Auf den ersten Blick ist es eigentlich ja gar nicht schlimm, so eine Mehrheit von CDU und GRÜNEN. Schwarzgrün gibt es öfter in der Republik, auch so, dass Verwaltungen entsprechende politische Vorgaben umsetzen. So ist es landauf, landab üblich.

Nicht so hingegen in Brühl. Hier wird die Verwaltungspraxis im Wesentlichen vom Bürgermeister gesteuert, der als alter Verwaltungshase sehr genau weiß, wie die Instrumente zu spielen sind.

So kann er beispielsweise Stellenbesetzungen, die ihm nicht passen, über Jahre blockieren. So haben wir beschlossen einen Verkehrsingenieur oder eine Verkehrsingenieurin einzustellen, um nicht für jede Straßen-, Radwege-, oder Fußwegeplanung Aufträge nach außen vergeben zu müssen und die Verwaltung auf dem Sektor etwas flotter und handlungsfähiger zu machen. Der Bürgermeister hat sich über eine lange Strecke erfolgreich gegen die Stellenbesetzung gewehrt, weil er versucht hat, eine interne Besetzung vorzunehmen, obwohl sie sachgerecht intern nicht möglich war. Erst jetzt kommt Dynamik in die Sache und die Stelle wird besetzt.

Flächennutzungsplan wohl kaum in 2019 in Kraft treten dürfte und dass die Ausübung von Vorkaufsrechten immer aufwandsneutral möglich ist, denn es ist eigentlich ein Aktivtausch: Geld gegen Grund, oder Kredit gegen Sondervermögen. Wir werden im Rahmen der Strategiedebatte, wieweit und wie wir ausreichenden Wohnraum über die Aktivitäten der GEBAUSIE und über die Sicherung in den Erschließungsverträgen tätig werden, diskutieren müssen.

Ein anderes Beispiel: wir brauchen dringend die Besetzung einer Stelle, die sich um die Schulentwicklungsplanung kümmert, weil das mit den Bordinstrumenten des Fachbereichs Schule und Sport nicht möglich scheint. Was macht der Bürgermeister, er verhindert nicht nur die Ausschreibung, sondern zerstückelt die Stelle, um aus den Bruchstücken Versetzungen und Zusammensetzungen von Stundenanteilen zu kreieren, die eine sachgerechte Bearbeitung unmöglich machen. Und dann versucht er die Dynamik im Fachbereich dadurch zu beheben, dass dieser einem anderen Beigeordneten zugeordnet wird.

Wir haben als Koalition deutlich gemacht, dass wir da nicht mitgehen und verlangen weiterhin, die komplexe Frage der Schulentwicklungsplanung mit einer entsprechend kompetent besetzten Stelle anzugehen. Schulentwicklungsplanung heißt in Zeiten von Inklusion vor allem die Kommunikation mit dem Landschaftsverband, dem Kreis, den Nachbarkommunen und den Schulen in Brühl, die ja auch nicht alle städtisch sind. Das geht nicht mehr über Hochrechnungen veralteter Datenmengen. Wir müssen wissen, wie groß die Erweiterung der Gesamtschule werden muss und wie möglicherweise alternativ die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen gelöst werden soll. Wir müssen wissen, welche Anforderungen der Neubau der Erich-Kästner-Realschule mit sich bringt. Wir müssen möglicherweise sichern, dass das Gebäude nicht nur Ganztags- sondern auch Gesamtschul-tauglich ist. Welche Förderschwerpunkte müssen in Förderschulen in welcher Trägerschaft, welche können inklusiv angegangen werden? Natürlich ist da auch die Dezernentin oder der Dezernent gefragt, aber das sind Anforderungen für eine ganze Stelle. Nach aktualisierter Vorlagenlage scheint die Stelle unfragmentiert zu bleiben, damit wird die Zustimmung zum Stellenplan möglich.

Weil wir wissen, wie gut der Bürgermeister im Zusammenspiel mit dem Kämmerer im Umgang mit dem Haushalt ist, ist meine Fraktion besonders sensibel bei der Frage, kommen die Fördergelder aus dem „Kommunalen Investitionserleichterungsgesetz“ und aus dem Programm „Gute Schule 2020“ auch wirklich bei den Schulen an. Werden die Bedarfsmeldungen so abgearbeitet, dass die pädagogische Arbeit und die Digitalisierung der Schulen einen qualitativen Schub machen. Weil es hier an Grundvertrauen fehlt, wird jede haushalterische Ausgaben- und Einnahmengestaltung mit Misstrauen beobachtet. Das mag begründet oder unbegründet sein, führt im Effekt aber zu einer unnötigen Belastung der Arbeit und macht es der Mehrheit schwierig, ihre Vorstellungen umzusetzen.

Ein weiteres Beispiel ist die vom Bürgermeister forcierte Entscheidung des Preisgerichtes zum Architektenwettbewerb für den Neubau des Rathausanbaus. In der Jury hat die Ratsmehrheit eben keine Mehrheit. Meine Fraktion war und ist nicht glücklich mit dem Ausgang des Wettbewerbs. Wir bewegen uns ja schon auf dünnem Eis, was die Legitimation für den Neubau angeht. Der Bürgerentscheid ging nur knapp aus. Dennoch ist es weiterhin richtig, am Neubau festzuhalten. Der Altbau war nicht sanierungsfähig, wie sich gezeigt hat, war er mit PCB und Asbest belastet. Wir bekommen einen Bau, in dem die Bücherei ein neues Zuhause und angemessene Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden erhält. Wir sanieren den denkmalgeschützten Altbau. Dies alles ist richtig, auch wenn die aufgeregten Debatten zeitweise anderes suggerierten.

Nicht richtig war aus unserer Sicht aber, eine Wettbewerbsjury die Wettbewerbsergebnisse so bewerten zu lassen, dass nur der spätere Siegerentwurf die erforderliche Barrierefreiheit realisieren würde. Mit dem Ausschluss von Vorschlägen, die die Barrierefreiheit über entsprechende Aufzugslösungen auch auf fünf Etagen realisieren wollten, ist eine sich bereits in den Planungen darstellende Raum-Enge entstanden, die unsererseits zu kritischen Fragen hatte führen müssen. Dass diese dann in den Werkstattgesprächen zunächst auf die lange Bank geschoben wurden, um sie dann als verfristete wirkungslos werden zu lassen, macht das Misstrauen nicht kleiner.

Ich habe meiner Fraktion vorgeschlagen, weiterhin zu betonen, dass hier eine Architektur umgesetzt wird, die von uns nicht für optimal gehalten wird. Dass wir aber als Teil der Mehrheit des Brühler Rates dafür sorgen müssen, dass der Rathausanbau tatsächlich gebaut wird.

Das Bemühen der SPD, anstelle der erforderlichen Flächen für die Bücherei hier auch Archivfunktionen unterzubringen, finden wir schlicht indiskutabel. Aus dem Grund die nächsten Bauleistungsphasen abzulehnen, steht einer so alten Partei wie der SPD eigentlich nicht zu.

Ärgerlich ist für meine Fraktion auch der überfallartige Charakter von Großbauvorhaben. Wie zuletzt bei dem Vorhaben der Bundespolizei, die ebenfalls eine bundesweite Ausbildungsstätte bauen müssen. Sie soll auf den Bundescampus zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und zur Bundesfinanzakademie. Dagegen hat auch meine Fraktion grundsätzlich überhaupt keine Einwände. Mir ist nach wie vor schleierhaft, wieso an ein Bebauungsplanverfahren nicht Anforderungen gestellt werden dürfen, die darauf zielen, die Umweltbelange und die Belange der späteren Nutzer zusammen zu bringen? Insbesondere dürfte sogar unter Sicherheitsgesichtspunkten eine gesicherte und begrünte Tiefgarage südlich der Straße „Am Daberger Hof“ besser sein, als die ausladenden Stellplätze, die auf dem Akademiegelände selbst liegen und sich zur Überbauung anbieten.

Auch hier ist versäumt worden, rechtzeitig das Gespräch mit der Politik zu suchen, wie zum Beispiel auch beim Baugebiet an der Bonnstraße, wo plötzlich auffällt, dass Abwasser, Frischwasser, Wärmeversorgung und Hausanschlüsse irgendwie auch ans Netz müssen und dass deswegen die Bäume wegmüssen. Rechtzeitig angegangen, wären die Bäume möglicherweise dann doch zu retten gewesen. Dass eine provisorische Straßenführung auch für die Bonnstraße selbst möglich gewesen wäre, zeigen doch die Baustraßenführungen über die Freizeitwiese. Die Verwaltung muss heikle Themen früher ansprechen, auch wenn die entstehenden Lösungen möglicherweise den einen oder anderen Euro mehr kosten. Brühl sollte uns der Wert sein. Es gibt kaum eine attraktivere Stadt zwischen Köln und Bonn. Wir sollten und wir können auf nachhaltige Qualität auch in den Neubaugebieten bestehen.

Ich belasse es bei diesen Beispielen. Eine klare Linie sieht anders aus. Eine klare Linie wird von uns vermisst. Aber so ist das mit Brühl nun einmal, eine wunderbare Stadt mit einer Verwaltung, die qualitativ noch ausbaufähig ist.⁴

Persönlich komme ich mit den allermeisten Menschen in der Brühler Politik und Verwaltungsspitze gut aus. Sie alle sind tatsächlich bemüht, das Beste für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen. Dafür bedanke ich mich auch im Namen der GRÜNEN Fraktion ganz ausdrücklich.

Greta Thunberg, die jugendliche Klimaaktivistin aus Schweden, ist übrigens Asperger-Autistin, so wie Lisbeth Salander aus dem Schwedenkrimi. Sie unterscheiden sich von anderen, weil sie ihre Welt konsequent ordnen. Es gibt klare Ansagen, ein klares Ja oder ein klares Nein. Kein verschwielertes „Es hätte noch immer gut gegangen.“

Wir sollten ein bisschen mehr so werden wie Lisbeth und Greta.

Klar und gerade.

⁴ Mit dem generellen Vorwurf von Michael Weitz, die Mehrheit würde ihre Anliegen auf Pump finanzieren und keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung machen, habe ich darauf verwiesen, dass im Rechnungsabschluss 2017 deutlich geworden ist, dass zwischen Ergebniserwartung im Haushalt und tatsächlichem Rechnungsergebnis eine Differenz von 10 Millionen Euro zugunsten des realen Abschlusses zu verzeichnen war. Auch über längere Zeitreihen ist zwar immer vom drohenden Haushaltsdefizit durch den Kämmerer die Rede, in den Abschlüssen ist aber nie die Reißleine gezogen worden. Daher ist eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit den düsteren Prognosen von Kämmerer und Bürgermeister nicht unangemessen.

In der Tag vergessen habe ich aber eine Replik auf den Vorwurf, die Mehrheit würde unsozial handeln, weil zwei zusätzliche Stellen im Rahmen des Coaching-Programms für Langzeitarbeitslose, die die SPD beantragt hatte, nicht eingerichtet würden. Hierzu hätte ich darauf verwiesen, dass dazu keine neuen Stellen eingerichtet werden müssen, sondern der Bürgermeister das Programm auch auf vorhandenen Stellen nutzen kann.

In diesem Sinne schöne Festtage, ein gutes neues Jahr und einen
Guten Abend